



Pressemitteilung 02.08.2023:

Verwaltungsdigitalisierung von oben – ohne Finanzierung?

Es ist seit längerem bekannt, dass der bisherigen Geldregen des Bundes enden wird und für die Zukunft der Verwaltungsdigitalisierung deutlich gespart und auch neu gedacht werden muss. Der heutige Artikel (02.08.2023) der FAZ zeigt, wie drastisch die Einsparungen ausfallen sollen. Die Gewichtung der Einsparungen sind jedoch aus der Sicht des DATABUND massiv zu kritisieren. Die Einsparungen gehen zu Lasten von Zukunftsinvestitionen des Staates. Dieses kurzsichtige Handeln, wird den Rückfall Deutschlands im Vergleich mit anderen Staaten weiter verstärken und eine zukünftige Teilhabe, zum Beispiel im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit, weiter erschweren.

Darüber hinaus zeigen die nun bekannt gewordenen Sparpläne, dass die bisherigen, mit viel Geld hinterlegten, Digitalisierungsbemühungen des Bundes weder nachhaltig noch effizient waren. Geld digitalisiert keine Verwaltungsprozesse - nur Fach- und Sachverstand bringen die Digitalisierung tatsächlich zum Ziel. Deshalb muss der Bund sich angesichts fehlender Budgets auf seine Kernaufgaben besinnen, die kein Geld kosten. Dies ist zum Beispiel die Schaffung von möglichst optimalen gesetzlichen Rahmenbedingungen, unter denen die Wirtschaft Lösungen entwickelt und die Kommunen diese wirtschaftlich einsetzen können. Die rechtliche Lösung des Authentifizierungsproblems wäre dafür beispielsweise ein großer Schritt. Wenn ALLEN Bürgerinnen und Bürgern (nicht nur mit Online-Ausweis) die Nutzung von Online-Leistungen ermöglicht wird, ist deren Einsatz für die Kommunen auch wirtschaftlich. Vollständig eigenfinanzierte Investitionen ohne den Bund sind damit leicht refinanzierbar. Aber auch das Gestalten von notwendigen technologischen Rahmenbedingungen, zum Beispiel die klare und verbindliche Einführung von Standards, unter anderem in den relevanten Bereichen wie Datentransport oder -Schnittstellen, sind lösbare Kernaufgaben ohne den Bedarf von dreistelligen Millionenbudgets.

Die mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor, welche sich im DATABUND organisieren, bieten einen möglichen konstruktiven Ausweg aus dem nun auftretenden Dilemma. Der Bund muss nun prüfen, wie mit den knappen Mitteln ein möglichst großer Hebel entwickelt werden kann. Dies ist nur in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit der mittelständischen Wirtschaft möglich. Die Wirtschaft ist bereit mit zu investieren und Projekte auch ohne die nun weg gefallenen Mittel zu realisieren, wenn die Rahmenbedingungen dafür geschaffen und eine langfristige Planungssicherheit hergestellt wird. Der DATABUND steht für Bundes-Ressorts, Länder und Kommunalverwaltungen als Ansprechpartner zur Verfügung, um unter den neuen Bedingungen kreativ neue Wege für die Verwaltungsdigitalisierung zu schaffen.

Honorarfreier Abdruck dieser Pressemitteilung, auch auszugsweise, gestattet, bei Zusendung einer Artikel-Referenz.

DATABUND:

Der DATABUND – Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor e.V. – wurde im Januar 2006 als zentrales Forum für Fachverfahrenshersteller und –betreiber gegründet, deren Produkte, Software und IT-Lösungen in öffentlichen Verwaltungen, vor allem auf kommunaler, aber auch auf Länder- und Bundesebene im Einsatz sind. Der DATABUND hat sich als kompetente Interessenvertretung für den privatwirtschaftlich organisierten öffentlichen IT-Sektor (sowohl in privatem als auch öffentlichen Besitz) etabliert und ist Ansprechpartner für Entscheider und Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Im DATABUND bündeln sich Fachkompetenz, Erfahrung und Kreativität der führenden mittelständischen Softwareunternehmen und IT-Dienstleister für den öffentlichen Sektor.

Pressekontakt:

Detlef Sander, Geschäftsführer
DATABUND e.V., Europaplatz 2, 10557 Berlin
Tel. 030-220661600
Fax 030-220661609
presse@DATABUND.de
www.DATABUND.de